

Protokollauszug öffentliche Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 16.08.2006

**Zu Ö 3 Ratsantrag Namensschilder für städt. Außendienstmitarbeiterinnen und Mitarbeiter Nr. 95/15 der
Fraktion Grüne im Rat vom 28.09.2005
geändert beschlossen
FB 11/0094/WP15**

Frau Verheyen erläutert, dass dieses Thema bereits mehrfach thematisiert worden ist und der Personal- und Verwaltungsausschuss Verständnis gezeigt hat, dass bestimmte Bereiche der Verwaltung aus Sicherheitsgründen ausgenommen werden sollten. Für den überwiegenden Teil der Verwaltung würde jedoch die Einführung von Namensschildern begrüßt.

Herr Schabram vertritt die Auffassung, dass eine bürgernahe Verwaltung sich vorstellt und dies geschehe u.a. durch das Tragen von Namensschildern. Für den Bürger sei es angenehm, wenn er einen Beschäftigten der Verwaltung auch namentlich erkenne. Er begrüßt nach wie vor die Einführung von Namensschildern; begründete Ausnahmen seien möglich.

Herr Höfken erklärt, dass der Kostenaspekt nicht der ausschlaggebende Punkt sein darf und Ausnahmen in Fällen von Gefährdung der Beschäftigten sieht er nicht, da z.B. im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs auf Nachfrage auch eine Namensnennung erfolgen muss.

Herr Moselage regt an, durch die Einführung von Namensschildern die Anonymität des Staates zu reduzieren.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die verwaltungsseitige Stellungnahme zur Kenntnis und fordert die Verwaltung auf, eine kostengünstige Variante einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen